

Initiative sorgt für Lärmschutz – Nach Ebertplatz-Umbau: Behörde lässt auf Druck der Anwohner ein Gutachten erstellen

Von

Christopher von Savigny, Elbe Wochenblatt

22. Oktober 2019



Christian Michalke (BI Volkspark) auf dem neugestalteten Ebertplatz. Die Verkehrsinsel auf dem Foto soll in einigen Jahren der Einmündung zum Holstenkamp weichen.

Ch. v. Savigny, Bahrenfeld

In neuem Gewand präsentiert sich seit rund einem halben Jahr die Kreuzung Ebertallee / Luruper Chaussee („Ebertplatz“): Fahrspuren wurden verbreitert, Fahrradstreifen angelegt, ein neuer Verkehrskreisel gebaut. Ziel war es, den Verkehrsfluss zu verbessern, Umsteigezeiten für HVV-Nutzer zu verkürzen und Fahrradfahrer besser in den Verkehr zu integrieren. Doch mehr Straßenfläche bedeutet gleichzeitig mehr Krach: „Gemäß Lärmschutzverordnung müssen auch nach dem Umbau die Grenzwerte eingehalten werden“, sagt Christian Michalke von der Bürgerinitiative (BI) Volkspark.

Auf eine entsprechende Messung hatte die Verkehrsbehörde allerdings zunächst verzichtet. Erst auf Druck der BI hin wurde das Gutachten dann doch noch erstellt. Ergebnis: Sieben Gebäude an der Ebertallee, am Kielkamp und an der Luruper Chaussee haben Anspruch auf Lärmschutz – in diesem Fall Schallschutzfenster. Kostenpunkt: rund 265.000 Euro. „Ohne den Einspruch der BI Volkspark wären diese Maßnahmen eingespart worden“, sagt Christian Michalke.

Durch die Modernisierung des Ebertplatzes, die ungefähr zehn Monate in Anspruch genommen und etwa 6,5 Millionen Euro gekostet hat, läuft der Verkehr jetzt teilweise in ganz neuen Bahnen. Ampelschaltungen wurden verbessert, die Bushaltestelle „Trabrennbahn“ – ein Knotenpunkt für sechs Buslinien – in die Mitte der Kreuzung verlegt, sodass man zum Umsteigen nun keine Straße mehr überqueren muss. Neu sind auch die Radfahrstreifen mit eigenen Ampeln und Abbiegespuren. Negativ fällt ins Gewicht, dass der Verbreiterung der Luruper Chaussee allein 40 Bäume zum Opfer gefallen sind. Zwar hat die neue Haltestellen-Mittelinsel einige junge Bäumchen bekommen – doch der Rest des Platzes wird von Stein und Beton dominiert. „Weil der Regen direkt ins Gully abfließt, bekommt die Natur kaum noch etwas ab“, kritisiert Michalke. „Mindestens 50 Prozent mehr Grün wäre möglich gewesen.“

Laut Wirtschaftsbehörde hat nun das Bezirksamt Altona die Aufgabe, die Lärmschutzmaßnahmen umzusetzen. „Es liegt in der dortigen Zuständigkeit, sich mit den Eigentümern der genannten Gebäude in Verbindung zu setzen und auf der Grundlage der lärmtechnischen Untersuchung den Umfang der

erforderlichen passiven Lärmschutzmaßnahmen abzustimmen“, sagt
Behördensprecherin Susanne Meinecke.